

## Hamburger Verhältnisse rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

### Qualitative Auswertung Hamburg 2019

#### *empower* – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Auch im Jahr 2019 bleibt eine Diskrepanz zwischen Hamburger PMK Rechts-Erhebungen und dem Monitoring von *empower*. Nach bundesweiten Zahlen vom BMI sinkt die Kriminalitätsrate bereits mehrere Jahre in Folge während die Zahlen der PMK stetig wachsen. Auch *empower* macht im Rahmen des Monitoring einen Anstieg von rechten, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Hamburg fest.

In 2019 setzt sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die deutliche Diskursverschiebung nach Rechts weiterhin zuspitzend fort. Vor allem antisemitische, rassistische und völkisch-nationalistische Bilder, Argumentationen, Kampagnen und Vorhaben beeinflussen die öffentliche Debatte auch in Hamburg. Besonders die alltägliche Dimension von Antisemitismus und antisemitischer Gewalt ist dabei verstärkt in den Blick öffentlicher Wahrnehmung geraten; aber auch Hetze und Angriffe gegen Geflüchtete, antimuslimischer Rassismus und Rassismus gegen Rom\_nja und Sinte\_zza spielen dabei weiterhin eine besondere Rolle. Medial ebenfalls beachtet wurde die zunehmende Bedrohung von Politiker\_innen und Aktivist\_innen/ Ehrenamtlichen, die sich gegen Rechts, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Täter\_innen sehen sich ermutigt sowohl durch die Normalisierung von nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Debatten als auch durch die Enttabuisierung von Gewalt gegenüber marginalisierten Personen. Tagtäglich erleben in Hamburg Betroffene Gewalt auf unterschiedlichen Ebenen (physische, strukturelle oder symbolische Gewalt). Bedrohungen, Angriffe und körperliche Verletzungen sind Alltag. Rassismus bleibt auch im Jahr 2019 das häufigste Tatmotiv bei den (Vor-)Fällen in Hamburg. Zudem lässt sich eine Verschärfung von antisemitischen Äußerungen, Bedrohungen und Angriffen ausmachen. In diesem Zusammenhang sind auch eine Verschiebung des Sagbaren und eine Absenkung der Hemmschwellen bei Gewalttaten zu sehen.

Die auch im 2019 häufiger auftauchenden sogenannten „Todes- bzw. Feindeslisten“ durch Rechte benennen große Gruppen von gesellschaftlichen Akteur\_innen als mögliche Opfer rechter Gewalt und lösen bei Benannten Ängste aus, triggern Erfahrungen an und es entstehen Beratungsbedarfe – auch unter Beachtung des Umstands, dass nicht nur die auf der Liste Benannten, sondern auch potentiell Betroffene Adressat\_innen dieser Bedrohung sind, sich der Charakter der Bedrohungslisten als Botschaftstaten deutlich zeigt.

Die Anschläge 2019 in Halle, der Tod Walter Lübckes bei Kassel sowie das Aufdecken von rechten Verbindungen und Waffenlagern von Polizeibeamt\_innen und Bundeswehreinheiten hatten eine Signalwirkung auf Betroffene und Überlebende in Hamburg. Betroffene, Migrantische Selbstorganisationen, Gemeinden und Communities stellen Bezüge zu diesen und weiteren bundesweiten Vorfällen her. Sie fühlen sich, von Behörden und Politik im Stich

gelassen. Die Botschaft des potenziell betroffen seins führte zu Destabilisierungen. Hierbei wurden ihren Erfahrungen von Sicherheitsverlust und sowie Vertrauensbrüche in Staat und Politik verstärkt. Forderungen nach Schutz, transparenter Aufklärung und konsequenter Strafverfolgung werden wenig erkennbar gehört. Die Intransparenz von Seiten der Politik und Behörden im Zusammenhang der Offenlegung der Drohbriefe führten bei den Betroffenen in Hamburg zu Unsicherheiten und erschwerten Prozesse der Verarbeitung des Geschehens. Betroffene berichten über Unverständnis bezogen auf die politische Einschätzung einer vermeintlichen Nicht-Gefährdung durch die Listen.

Auch im Jahr 2019 ist in Hamburg ein Untersuchungsausschuss zu dem Mord an Süleyman Taşköprü und den Verbindungen des NSU nach Hamburg nicht eingesetzt worden. Die Hamburger Politik will für Hamburg als einziges Bundesland mit einem Tatort keinen Ausschuss einrichten.

Die Problematik des Rassismus gegen Rom\_nja und Sint\_ezza, wird bisher in der Hamburger Öffentlichkeit und Politik kaum in den Blick genommen. Im Hamburger Feld sind kaum gut aufgestellte Strukturen und fachliche Unterstützungen vorzufinden. Es besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf auf Seiten der Politik und erfordert gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zum Schutz und Solidarität von Hamburger Rom\_nja und Sint\_ezza.

Ebenfalls wird im Jahr 2019 deutlich, dass sich antirassistisch und antifaschistisch positionierende Mitarbeiter\_innen von Bildungsinstitutionen und Kultureinrichtungen einschneidende Bedrohungserfahrungen durch rechte Personen, Gruppen sowie Parteien machen. Hierbei wird auch deutlich, dass Institutionen einen hohen Nachholbedarf haben, auch strukturell parteilich an der Seite der betroffenen Kolleg\_innen und Zielgruppen zu agieren und diese zu schützen. Nicht zuletzt fehlen Institutionen inhaltliche Auseinandersetzungen mit den aktuell wirksamen Formen von Antisemitismus und Rassismus. Daran anknüpfend fehlen hilfreiche Handlungsstrategien und institutionalisierte Instrumente als auch Rahmenbedingungen.

Aus Sicht des Projekts *empower* muss auch in Hamburg weiterhin von einer hohen Dunkelziffer an nicht erfassten Vorfällen auch aus dem Jahr 2019 ausgegangen werden.

Rassismus bleibt auch im Jahr 2019 das häufigste Tatmotiv bei den (Vor-)Fällen in Hamburg. Auch lässt sich eine Verschärfung von antisemitischen Äußerungen, Bedrohungen und Angriffen ausmachen. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass Verantwortliche von Einrichtungen, Wohnungsvermieter\_innen sowie Behörden häufig wenig Handlungsstrategien dagegen in den Blick nehmen wollen. Weiterhin hoch bleiben Vorfälle im Öffentlichen Raum, im privaten Wohnumfeld sowie weiterhin ansteigend im Internet.

Auch konnten *empower* im Rahmen Monitoring und der Beratungsarbeit steigende Vorfälle im Arbeitsumfeld ausgemacht - ausgehend von Kolleg\_innen gegen Mitarbeiter\_innen oder Klient\_innen. Nicht selten geschehen diese in den Pausen und noch häufiger über

Chats, in denen auch Leitungen aktiv sind oder diese Anfeindungen - bis hin zu rechten Bedrohungen - schweigend hinnehmen.

Mitarbeiter\_innen sind teilweise in dem Maße belastet, dass sie sich krankschreiben müssen und häufig den Arbeitsplatz wechseln oder auch in die Arbeitslosigkeit gehen müssen. Teilweise erstrecken sich diese Vorfälle über mehrere Abteilungen in einem Betrieb. Häufig stellen wir fest, dass Personal- und Betriebsräte sowie auch Gleichstellungsstellen ohne Handlungsstrategien und mit wenig Kenntnissen zu Interventionsmöglichkeiten, Rechten und Pflichten von Betroffenen agieren.

Im Jahr 2019 benötigten ebenfalls mehr Ratsuchende mit Erfahrungen von Angriffen und Bedrohungen im Kontext von Krankenhaus und Psychiatrie Beratung und Unterstützung. Auch der Tod von William Tonou-Mbobda im UKE hat bei Schwarzen Ratsuchenden eine Signalwirkung und mehr Bedrohungserfahrung hervorgerufen.

Vor dem Hintergrund der Recherche- und Monitoringarbeit aus 2019 sowie durch die erfolgten Beratungen lassen sich ebenfalls potenziell besonders gefährliche Angriffsorte ausmachen. Hierzu gehören der öffentliche Raum, das Wohnumfeld, Bahnhöfe und Verkehrsmittel, der Arbeitsplatz sowie nicht zuletzt Bildungsstätten und Unterkünfte. Auch im Bereich Polizei, Behörden sowie Sport und Freizeit finden regelmäßig Vorfälle statt.

Nicht unerheblich bleiben 2019 weiterhin die Debatten um die vermeintliche Nicht-Zugehörigkeit von Muslim\_innen und Geflüchteten in der deutschen Gesellschaft für die Zunahmen von antimuslimisch rassistisch motivierten Gewalttaten in Hamburg.

Weiterhin gibt es eine besorgniserregende Bandbreite von rechten, rassistischen und antisemitischen Tatbeständen - von Sachbeschädigungen, Bedrohungen bis hin zu versuchten Tötungen. Vor dem Hintergrund der zuspitzend nach Rechts verschobenen gesellschaftlichen und politischen Debatten macht sich eine Normalisierung von alltäglichen antisemitischen, rassistischen und rechten Nötigungen und Bedrohungen in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen bemerkbar. Umso dringlicher bleibt die Notwendigkeit von differenzierten Auseinandersetzungen und Sensibilisierung zu diesen Gewaltverhältnissen in der Politik, in der Zivilgesellschaft sowie bei der Polizei und Justiz.